

U2

# Frauen lassen sich nicht an den Rand der Belegschaften drängen

Marianne Konze, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstands der DKP, zur Frauenpolitik der DKP

In diesen Wochen werden überall Vorbereitungen zum Internationalen Frauentag getroffen. Es ist nicht so einfach, aus der Vielfalt der Betroffenheit Orientierungen und Hauptforderungen gegen die Diskriminierungen herauszufinden.

Da steht ganz viel an:

Arbeitsplatzvernichtung in Stahl-, Bergbau-, Werft- und anderen Industrieregionen, die besonders Hausfrauen und Arbeiterfamilien bedrohen, steigende Arbeitslosigkeit, Abbau sozialer Leistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, Verschlechterungen beim Schwangerschaftsabbruch durch ein sogenanntes „Beratungsgesetz“, Verplanung fürs Militär „als Schritt zur Gleichberechtigung“, Gewalt gegen Frauen ist in allen Sphären anzuprangern. Mit den Flexibilisierungsstrategien von Kapital und Kabinett wird die verschiebbare Reservearmee verfestigt und auf die „Männerwelt“ ausgedehnt.

Das sind nur einige Fakten der Rechtswende, die voll auf die Frauen niederprasseln. Wir Kommunistinnen werden nach Kräften alle Gegenwehr der verschiedenen Teile der Frauenbewegung gegen die Fortsetzung der Rechtswende unterstützen.

Wir haben mit der 5. Frauenkonferenz 1987 den Zusammenhang von Frieden, Arbeit und Gleichberechtigung weiter verdeutlichen können, haben Forderungen und Aktionen der Gewerkschaften in Betrieben, im Handel und in Verwaltungen für Arbeitszeitverkürzung unterstützt, wollen gezielt gegen die Flexibilisierungsstrategien von Kapital und Kabinett mobilisieren.

Mit der 8. Parteivorstandstagung haben wir für die Frauenpolitik weitere Argumente und Fakten, um in die Klassenauseinandersetzung noch zielgerichteter eingreifen zu können. Im Referat wird festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit der Arbeiter und Angestellten, besonders die junge und ältere Genera-



Marianne Konze

Foto: Knappe

## Geißlers Wünsche

Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft oder als Übungsleiter arbeitet, wer am Nachmittag Schaltrelais zusammenbaut und am Vormittag seine Landwirtschaft betreibt oder wer vormittags arbeitsteilig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich dem angeblich dominierenden Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Solche Leute stehen dem Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung.



Foto: dpa

Heiner Geißler auf dem CDU-Parteitag Mai 1984

## Frauen machen Druck...

... zum Beispiel in und mit der IG Druck und Papier. Diese Gewerkschaft rief zu einer zweijährigen Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse in all ihren Formen auf. Ein Höhepunkt wird das TRIBUNAL gegen Flexibilisierung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse am 12. März in der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden werden.



beitsplätze werden umgewandelt in unsichere, befristete Arbeitsverhältnisse. Zum Beispiel wurden in der Textilindustrie über die USA

schaft soll größer werden“ ist eine Kampfansage an das „Beschäftigungsförderungsgesetz“. In diesen Auseinan-

Das sind nur einige Fakten der Rechtswende, die voll auf die Frauen niederprasseln. Wir Kommunistinnen werden nach Kräften alle Gegenwehr der verschiedenen Teile der Frauenbewegung gegen die Fortsetzung der Rechtswende unterstützen.

Wir haben mit der 5. Frauenkonferenz 1987 den Zusammenhang von Frieden, Arbeit und Gleichberechtigung weiter verdeutlichen können, haben Forderungen und Aktionen der Gewerkschaften in Betrieben, im Handel und in Verwaltungen für Arbeitszeitverkürzung unterstützt, wollen gezielt gegen die Flexibilisierungsstrategien von Kapital und Kabinett mobilisieren.

Mit der 8. Parteivorstandstagung haben wir für die Frauenpolitik weitere Argumente und Fakten, um in die Klassenauseinandersetzung noch zielgerichteter eingreifen zu können. Im Referat wird festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit der Arbeiter und Angestellten, besonders die junge und ältere Generation und viele lohnabhängige akademische Berufe erfaßt. Zu den sogenannten Randbelegschaften, die in Teilzeitarbeit oder mit befristeten Arbeitsverträgen, in ungeschützten Arbeitsverhältnissen zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit hin und her pendeln, sind besonders viele Frauen. Das sind fast sechs Millionen Menschen – mit ihren Angehörigen – die unter sozialer Not und Armut, unter demoralisierendem Druck leben müssen.

### Arbeitsplätze statt Schleudersitze

Die Flexibilisierungs- und Privatisierungsstrategien ermöglichen dem Kapital die Aufsplitterung der Belegschaften und die Aushöhlung normaler Arbeitsverhältnisse durch befristete Arbeitsverträge. Bereits ein Viertel aller Beschäftigten – auch zunehmend Männer – sind dazu verurteilt, in einem ungeschützten Arbeitsverhältnis tätig zu sein.

Kernstück der strukturverändernden Strategie ist das sogenannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“. Als es am 1. Mai 1985 im Auftrag der Unternehmer durch die Bundesregierung in Kraft gesetzt wurde, haben viele, auch die Gewerkschaften, seine gefährliche Dimension kaum erfaßt. Es ist befristet bis Ende 1989.

Es fördert weder die Beschäftigten noch hat es mehr Arbeitsplätze gebracht. Im Gegenteil. Gesicherte Vollar-

beitsplätze werden umgewandelt in unsichere, befristete Arbeitsverhältnisse. Zum Beispiel wurden in der Textilindustrie über die Hälfte der seit dem 1. Mai 1985 abgeschlossenen Verträge als befristete abgeschlossen. Über drei Millionen arbeiten bereits in Teilzeit, also verkürzt ohne Lohnausgleich. Doch damit nicht genug.



Foto: dpa

Heiner Geißler auf dem CDU-Parteitag Mai 1984

### Frauen machen Druck ...

... zum Beispiel in und mit der IG Druck und Papier. Diese Gewerkschaft rief zu einer zweijährigen Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse in all ihren Formen auf. Ein Höhepunkt wird das TRIBUNAL gegen Flexibilisierung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse am 12. März in der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden werden.

Der BDI verlangt die Fortschreibung des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ über die Befristung hinaus und seine Verschärfung. Gewünscht werden Drei-Jahres-Arbeitsverträge, die Ausdehnung der Leiharbeit und eine stärkere Abkopplung der Arbeitszeit von der Maschinenlaufzeit, um die Produktionsanlagen noch besser auszunutzen. Die Flexibilisierung hat sich als ein Instrument zur Steigerung der Ausbeutung und der Profite bewährt. Sie ist brauchbar, um den Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu unterlaufen.

Gegen die Methoden von Kapital und Kabinett „Spalte und Herrsche“, „Heuern und Feuern“, wehren sich inzwischen viele Belegschaften mit ihren Gewerkschaften. Die Gegenwehr nimmt zu.

Die von der IG Druck und Papier begonnene Kampagne, die am 12. März 1988 in Wiesbaden mit einem Tribunal gegen Flexibilisierung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse einen Höhepunkt findet und ein wichtiger Beitrag zum Internationalen Frauentag sein wird, hat viel Aufmerksamkeit und organisierte Gegenwehr geschaffen. Auch die Aktion der IG Metall „Unsere Stammeleg-



schaft soll größer werden“ ist eine Kampfansage an das „Beschäftigungsförderungsgesetz“. In diesen Auseinandersetzungen machen DKP-Betriebszeitungen mobil. Sie wollen mithelfen, daß das „Beschäftigungsförderungsgesetz“ nicht verlängert wird. Das ist eine zeitlich begrenzte Aufgabenstellung, die bis Ende 1988 im gemeinsamen Kampf erfolgreich geführt werden kann.

### An den Nerv der Unternehmerstrategie

Dieser Kampf trifft einen empfindlichen Nerv der Unternehmer- und der CDU-Regierungskonzeption. Wir wollen damit im Interesse der berufstätigen Frauen, mit den Kolleginnen und Kollegen an einem Strick ziehen gegen die unbeschränkte Verfügbarkeit und Unterordnung unter das Unternehmerinteresse.

Wir wollen mit dieser Orientierung verschiedene Teile der Frauenbewegung zusammenführen zum Internationalen Frauentag und darüber hinaus Aufklärung und Mobilisierung schaffen gegen die befristeten und ungeschützten Arbeitsverhältnisse wie Kapovaz, Heim- und Leiharbeit. Denn sie bedeuten auch ungeschützte Lebensverhältnisse, beeinträchtigen das Familienleben und das gesellschaftliche Zusammenleben überhaupt.

Der Kampf gegen dieses „Beschäftigungsförderungsgesetz“ hat reale Chancen. Er ist eine konkrete Zielsetzung, um den arbeiter- und frauenfeindlichen Strategien entgegenzuwirken.